



**17. Konferenz der Präsidenten der europäischen Regionalparlamente  
mit Gesetzgebungsbefugnissen (CALRE)  
vom 20. bis 22. Oktober 2013 in Brüssel**

**Brüsseler Erklärung**

(Arbeitsübersetzung Sächsischer Landtag)

Die Präsidenten, die an der 17. Konferenz der europäischen Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen am 21. und 22. Oktober in Brüssel teilgenommen haben,

Parlement de la Région de Bruxelles-Capitale - Brussels Hoofdstedelijk Parlement

Parlement wallon

Parlement de la Fédération Wallonie-Bruxelles

Parlament der deutschsprachigen Gemeinschaft

Landtag von Baden-Württemberg

Sächsischer Landtag

Parlamento de Extremadura

Parlament de les Illes Balears - Parlamento de las Islas Baleares

Parlamento de Galicia

Parlamento de Murcia

Parlamento de Canarias

Parlamento de Castilla-La-Mancha

Parlamento de Andalucía

Parlamento de la Rioja

Eusko Legebiltzarrak - Parlamento Vasco

Consiglio regionale de Trentino-Alto-Adige - Regionalrat Trentino-Südtirol

Consiglio regionale dell'Abruzzo

Consiglio regionale del Veneto

Consiglio regionale dell'Umbria

Consiglio regionale de Lombardia  
Consiglio regionale del Friuli Venezia Giulia  
Consiglio regionale del Lazio  
Consiglio regionale della Puglia  
Consiglio regionale del Molise  
Consiglio regionale della Sicilia  
Consiglio regionale del Piemonte  
Landtag von Niederösterreich  
Landtag von Steiermarck  
Assembleia Legislativa da Região Autónoma dos Açores  
Ålands Lagting  
Cynulliad Cenedlaethol Cymru - National Assembly for Wales

haben, im gegenseitigen Einvernehmen, die folgende Erklärung verabschiedet:

### 1. Allgemeine Erwägungen

Die Mitgliedsregionen der CALRE werde in ihrem Bemühen zur Zusammenarbeit unter Berücksichtigung ihrer bedeutenden kulturellen, sprachlichen, territorialen, wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede sowie unterschiedlicher Gesetzgebungskompetenzen fortfahren und ihre Verantwortung als gesetzgebende Körperschaften im Rahmen ihres gemeinsamen Bezugspunkts übernehmen: der Europäischen Union.

Es ist wichtig, dass die Regionalversammlungen mehr europäisch denken. Sie müssen ihre Rollen als Regionalparlamente in der EU annehmen, zusätzlich zu den Aufgaben, die sie auf ihrer jeweiligen staatlichen Ebene erfüllen.

Europa definiert zunehmend Regeln, die auf nationaler Ebene umgesetzt werden. Das tägliche Leben unserer Mitbürger wird verstärkt durch Entscheidungen beeinflusst, die auf europäischer Ebene getroffen werden, während Regionalparlamente nationales Recht umzusetzen haben, welches auf europäischen Richtlinien beruht. Um nicht auf die Rollen reiner Ja-Sager beschränkt zu werden, müssen sich die Regionalparlamente im Hinblick auf die europäischen Institutionen so pro-aktiv wie

möglich verhalten.

Obwohl die Existenz der EU uns ermöglicht, die Vorteile einer Harmonisierung von Rechtsvorschriften zu genießen, muss die Sicherung, Entwicklung und Förderung von Europas reichhaltiger territorialen, kulturellen und sprachlichen Vielfalt ein wesentlicher Bestandteil des europäischen Projekts bleiben. Die Regionen haben bei dieser Mission eine entscheidende Rolle zu spielen.

In diesem Sinne ist es wichtig, dass die Regionalparlamente die Verbindungen pflegen und bewahren, auf die die Generalversammlung in Oviedo 1997 hingearbeitet hat. Allein schon durch seine Existenz und durch seine Aktivitäten arbeitet die CALRE an der Erreichung dieser Ziele.

Obwohl die Vertretung von Frauen in den Regionalparlamenten dem EU-28-Durchschnitt entspricht, genügt der Frauenanteil nicht für eine breitere Vertretung von Frauen in der Gesellschaft. Deshalb ist es wichtig, dass die CALRE-Parlamente sich selbst dazu verpflichten, auf die Verbesserung der Situation von Frauen im Parlament hinzuarbeiten.

## 2. Die Rolle der Regionalparlamente in der Europäischen Union

Die europäischen Institutionen haben leider häufig die Gewohnheit, sich an die Mitgliedstaaten zu wenden, obwohl die Regionen in bestimmten Bereichen über entsprechende Gesetzgebungszuständigkeiten verfügen und dank ihrer Erfahrung und Kompetenz für bestimmte Maßnahmen die geeigneteren Ansprechpartner wären. Mehr Effizienz in der europäischen Politik erfordert daher eine umfassendere Beteiligung und bessere Berücksichtigung der regionalen Perspektiven.

Auf der anderen Seite bekräftigt die CALRE, dass der mit dem Europäischen Parlament begonnene Dialog durch Intensivierung der institutionellen Zusammenarbeit auf europäischer parlamentarischer Ebene fortgeführt werden soll. Zusammenarbeit ist das fundamentale Charakteristikum des Parlamentarismus heutiger Prägung.

Die CALRE begrüßt die Bereitschaft der Europäischen Kommission in einen Dialog mit den Regionen sowohl in der prälegislativen Phase einzutreten als auch zur

Diskussion über das jährliche Arbeitsprogramm der Kommission. Auf diese Weise bestätigt die CALRE ihre Bereitschaft sich stärker in einen direkten Dialog mit der Europäischen Kommission einzubringen, mit dem Ziel die territoriale, konstitutionelle und kulturelle Vielfalt der europäischen Regionen ebenso mehr in den Blick zu nehmen, wie die Besonderheiten jeder einzelnen Region.

Der Ausschuss der Regionen spielt eine wichtige Rolle als „Echo-Kammer“ für regionale Belange auf europäischer Ebene. Mehr denn je möchte CALRE die Verbindungen und die hervorragende Zusammenarbeit mit dem Ausschuss der Regionen aufrechterhalten und, wenn möglich, die Beziehungen mit dieser Institution besser koordinieren. Die Definition von politischen Prioritäten der Regionen mit Legislativbefugnissen, die Verwaltung ihrer jeweiligen Zuständigkeiten und die Verantwortlichkeit ihrer politischen Führer gegenüber den Wählern verleihen ihnen Erfahrung, Know-how und Legitimität im Hinblick auf ihre europäischen Kontakte. Das berechtigt sie dazu, einen wichtigeren Ort in der Union und ihren Institutionen zu besetzen.

Die Regionalparlamente werden in ihrer Arbeit zunehmend durch europäische Angelegenheiten beeinflusst. Die Anwendung bestimmter europäischer Rechtsvorschriften auf regionaler Ebene gibt den Regionen eine wichtige Rolle, wenn sie „Europas Stimme“ in der Region erheben. Die Regionen sind in der Tat eine wichtige Schaltstelle der europäischen Politik vor Ort. Sie sind gut vorbereitet, um den europäischen Institutionen die Besonderheiten ihrer Region nahe zu bringen und europäische Rechtsvorschriften gemäß ihrer spezifischen regionalen Gegebenheiten dort umzusetzen.

Schließlich bekräftigt die CALRE ihre Entschlossenheit und Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit regionalen Vertretungen auf verschiedenen Kompetenzebenen, indem sie feststellt, dass es gemeinsame Handlungsfelder gibt, die zu abgestimmten Aktivitäten mit größerer Effektivität, besserer Ausnutzung von Synergien und spürbaren Einsparungen von Energie und Ressourcen führen können.

Die CALRE ist sich bewusst, dass sie einen größeren Bekanntheitsgrad erreichen sollte. Dies unter anderem durch Einladung regionaler Beobachter, die Interesse an den Aktivitäten der CALRE zeigen.

### 3. Die Regionalparlamente und die Subsidiaritätskontrolle

Seit der Gründung des Netzwerks für Subsidiaritätskontrolle und der Erstellung der REGPEX-Datenbank haben die Regionalversammlungen aktiv an der Subsidiaritätskontrolle teilgenommen und verabschieden zunehmend Stellungnahmen zu europäischen Gesetzgebungsvorschlägen. Dennoch, während bestimmte Parlamente diese Rolle in einer wirkungsvollen Weise angenommen haben, ist die Praxis noch nicht unter allen Parlamenten weit genug verbreitet.

CALRE appelliert an alle Regionalparlamente, die in dieser Hinsicht noch nicht tätig geworden sind, künftig zu prüfen, ob europäische Gesetzgebungsvorschläge mit dem Subsidiaritätsprinzip in Einklang stehen. Die Verbesserung der europäischen Gesetzgebung erfordert weitergehende Mobilisierung der Regionalparlamente.

CALRE betont, dass jetzt, ungefähr vier Jahre nach dem Inkrafttreten des Subsidiaritätsfrühwarnsystems klargeworden ist, dass die achtwöchige Frist für eine Subsidiaritätsprüfung Parlamenten, insbesondere den Regionalparlamenten mit Gesetzgebungskompetenzen, nicht genügend Zeit für eine gründliche Überprüfung neuer EU-Gesetzgebungsvorschläge gibt. Es hat sich gezeigt, dass die Schwelle der „gelben Karte“ oder der „orangenen Karte“ zu hoch ist, da das Quorum für eine „gelbe Karte“ während der vergangenen vier Jahre lediglich einmal erreicht wurde.

Daher fordert CALRE, im Rahmen der nächsten Vertragsänderung der Europäischen Union eine wesentliche Erweiterung der Frist für die Subsidiaritätsprüfung einzuführen ebenso wie eine Verringerung des Quorums für eine „gelbe Karte“ und „orangene Karte“.

Einige Regionalparlamente übersenden ihre Subsidiaritätsstellungen direkt an die Europäische Kommission. CALRE appelliert an die Kommission, diese Praxis in ihren Jahresberichten über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit sowie über die Beziehungen zwischen der Kommission und den nationalen Parlamenten aufzunehmen.

Umfangreicher Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zwischen Parlamenten ist wünschenswert. Die CALRE sollte fortfahren, die Verfahren zur Zusammenarbeit zu verbessern um den Informationsaustausch zwischen den Regionen auszubauen. Darüber hinaus sollten die Meinungen aus den verschiedenen Parlamenten zu wichtigen aktuellen Themen zusammengefasst werden, um einen Überblick über die Standpunkte der Regionalparlamente zu erhalten. Diese Übersicht würde die Sicht der CALRE auf ein bestimmtes Thema verdeutlichen und hätte mehr Gewicht als die Summe der verschiedenen Einzelmeinungen.

Um eine bessere Verbreitung der verschiedenen Subsidiaritätsstellungen der Regionalparlamente zu erreichen, begrüßt CALRE die Initiative des AdR-Netzwerks für Subsidiaritätskontrolle, eine Zusammenfassung der eingereichten Stellungnahmen zu erstellen. Dies ermöglicht den Regionalparlamenten eine leichtere Wahrnehmung der Subsidiaritätsstellungen, die von anderen Regionalparlamenten veröffentlicht wurden.

Während die Regionalparlamente derzeit Subsidiaritätsstellungen erarbeiten, sind sie von dem in Protokoll Nr. 2 AEUV festgelegten formellen Verfahren ausgeschlossen, welches den nationalen Parlamenten vorbehalten ist.

Dennoch könnten die nationalen Parlamente, ähnlich dem in Belgien geltenden System, die Rolle einer Schaltstelle für die Regionalparlamente auf europäischer Ebene übernehmen, sofern die Subsidiaritätsstellung regionale Kompetenzen berührt.

Die CALRE fordert die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten auf, die Regionen mit Gesetzgebungskompetenzen haben, die Subsidiaritätsstandpunkte der Regionalparlamente in ihre Stellungnahmen an die europäischen Institutionen aufzunehmen und sie an die europäischen Institutionen zu vermitteln. Formale Subsidiaritätskontrolle kann nicht durch Kompetenzgrenzen auf nationaler Ebene eingeschränkt sein.

#### 4. EU-Haushalt

Während die CALRE den Abschluss eines Kompromisses zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat über den mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 grundsätzlich begrüßt, bleibt sie dennoch hinsichtlich der Höhe einzelner Haushaltsposten besorgt.

Leider fragt man sich, ob die Kürzungen bei den Ausgaben für Innovation, Forschung, Verkehr und Energie mit den ehrgeizigen Zielen vereinbar sind, die die Europäische Union sich selbst gesetzt hat. Die Erreichung der Ziele der 2020-Strategie erfordert erhebliche Investitionen. Es ist daher fraglich, ob der mehrjährige Finanzrahmen den erklärten Zielen gerecht wird. Die Notwendigkeit von Investitionen in die europäische Infrastruktur ist wichtig, um eine blühende Zukunft für die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sicherzustellen.

Diese Investitionen werden in Teilen von Europa, den Mitgliedsstaaten und deren regionalen Einheiten getragen. Ausgaben auf europäischer Ebene können, wenn sie einen eindeutigen Mehrwert bringen, beträchtliche Größenvorteile ermöglichen und somit zusätzlichen finanziellen Spielraum für andere Investitionen schaffen.

Erhebliche Investitionen in diesen Bereichen in den kommenden Jahren brächten auch Arbeitsplätze für einige der jetzt 27 Millionen Arbeitslosen in der Europäischen Union.

Mehrebenenparlamentarismus und die Zusammenarbeit der verschiedenen Regierungsebenen sind wichtig, um die Verwendung der Strukturfonds mit Blick auf das Erreichen der Ziele der 2020-Strategie zu verbessern.

## 5. Europawahlen 2014

Die Regionalparlamente müssen auch jede Initiative zur Verringerung des Demokratie-defizits in der Europäischen Union unterstützen. Dieses Ziel wird unter anderem durch besseren Repräsentationsgrad der Mitglieder des Europäischen Parlaments erreicht.

Effektive Repräsentation im Europäischen Parlament erfordert eine höhere Wahlbeteiligung im Vergleich zur Wahl 2009. Es ist zwingend notwendig, eine zufriedenstellende Wahlbeteiligung zu erreichen, so dass das Wahlergebnis einen tatsächlichen Effekt für die politische Richtung der Europäischen Union vermittelt. Wenn die Wahlbeteiligung zu niedrig ist, besteht das Risiko, dass die Richtung unklar bleibt, in welche die Bürger sie steuern möchten.

Die Mobilisierung der Bürger erfordert gute Kenntnis der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Themen dieser Wahl. Es ist nötig, dem transnationalen Charakter dieser Wahlen die gebührende Bedeutung beizumessen.

Die CALRE fordert die führenden Akteure des bevorstehenden Wahlkampfes auf, gebührende Bedeutung auf europäische Themen zu legen.

Angesichts eines gewissen Maßes an Misstrauen der Bürger gegenüber der Europäischen Union ist es wichtig, die Kluft zu schließen, die sich zwischen den europäischen Institutionen und der Bevölkerung aufgetan hat. Darin besteht eine echte Herausforderung für die wahren Europäer. Die Regionalparlamente werden soweit als möglich versuchen, das Bewusstsein der Bürger für die Bedeutung der Fragen im Zusammenhang mit der Europawahl zu erweitern. CALRE begrüßt die Initiativen, die im laufenden Jahr in diesem Zusammenhang ergriffen wurden.



## 6. Zukunft der CALRE

Seit ihrer Gründung ist CALRE ein Ort der Begegnung, zum Austausch von Informationen sowie für den Austausch von Best Practices und allgemeinen Erfahrungen zwischen den regionalen Parlamenten mit Gesetzgebungsbefugnissen. Arbeitsgruppen können spezifische Themen aufgreifen und vertiefen. Nach allseitiger Ansicht kann diese Methode reformiert werden, auch wenn sie zu Fortschritten in bestimmten Bereichen geführt hat.

CALRE sorgt dafür, dass ihre Arbeit spürbare Ergebnisse auf europäischer Ebene produziert. Aus diesem Grund hat die CALRE ein Verfahren eingeleitet, welches auf Neudefinition ihrer Ziele und ihrer Organisation sowie die Überprüfung ihrer Arbeit gerichtet ist. Insbesondere will sie ihre Betriebskosten senken, ihre Arbeit beschleunigen, die Verbreitung der Ergebnisse erhöhen und eine bestimmte Anzahl von Sitzungen in Brüssel, dem Sitz der Europäischen Institutionen, zentralisieren.

Dieses Vorgehen wird einige Zeit dauern; sein Ergebnis muss auf Diskussionen mit allen Mitgliedern beruhen. Dennoch sind wir zuversichtlich, unser Ziel zu erreichen. Die Bereitschaft, gemeinsam zu arbeiten und die charakteristische Offenheit und Nähe der Beziehungen zwischen den Mitgliedern der CALRE, garantiert letztlich den Erfolg.